

# Große Defizite beim Schutz von Frauen

Beratungsstellen sind überlastet / Der Therapiearbeit mit Tätern soll mehr Beachtung zukommen

Von Oliver Teutsch

## ISTANBUL-KONVENTION

Das völkerrechtliche Abkommen des Europarats trat 2014 in Kraft. Da sich die unterzeichnenden Staaten zuvor 2011 in Istanbul getroffen hatten, trägt die Konvention den Namen des Treffpunkts.

Deutschland hat das Abkommen, das Frauen vor allen Formen von Gewalt schützen soll, zwar schon 2011 unterzeichnet, aber erst 2017 ratifiziert. Daher ist das Abkommen in Deutschland erst seit Februar 2018 in Kraft.

Die 81 Artikel umfassende Konvention stellt deutliche Anforderungen an die Gleichstellung und Nichtdiskriminierung von Frauen. Gewalt wird als eine Form der Menschenrechtsverletzung und der Diskriminierung definiert.

Alle Vertragsstaaten sind rechtlich zur Umsetzung verpflichtet. Verwaltung und Justiz in Bund, Ländern und Kommunen müssen die Konvention durch zielführende Maßnahmen und gesetzliche Vorgaben umsetzen. Die Stadt Frankfurt etwa hat im Frauenreferat eine Koordinierungsstelle Istanbul-Konvention eingerichtet. *ote*

Es war ein deutlicher Tadel, den der Europarat Anfang Oktober erteilte. In Sachen Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt gebe es in Deutschland noch gravierende Defizite. Beratungsstellen seien rar oder überlastet und insgesamt fehle ein nationaler Aktionsplan, wie ihn die Istanbul-Konvention vorsehe. Ein Blick nach Frankfurt und Hessen zeigt, dass es wirklich noch ein weiter Weg bis zu einem konzentrierten Vorgehen ist.

Die Zahlen zu häuslicher Gewalt in Hessen nehmen seit Jahren stetig zu. 2014 wurden hessenweit 7586 Fälle registriert, 2021 waren es 10 410. Die Zunahme deutet auf ein geändertes Anzeigeverhalten, heißt es im Jahresbericht Täterarbeit der Landeskoordinierungsstelle (LKS). Dies sei auch ein gutes Zeichen. 80 Prozent der Opfer häuslicher Gewalt sind Frauen. Die Bemühungen von Hilfsinstitutionen fokussieren sich zumeist darauf, den betroffenen Frauen Schutz zu gewähren. Den 80 Prozent Männern, die als Täter aktiv werden, wird deutlich weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei sollte Täterarbeit auch laut der Istanbul-Konvention mehr Beachtung zukommen.

Der Verein Gran Torino hat sich bereits 2015 der Täterarbeit verschrieben. Mitarbeiterin Monika Steinmeir kritisiert, dass es im Rhein-Main Gebiet noch immer zu wenig Beratungsstellen und Angebote für Täter gebe. „Mit Tätern soll nicht gearbeitet werden“, sei die landläufige Einstellung, so Steinmeir. Staatsanwaltschaften und Gerichte machten Tätern zu selten die Auflage, an einer Therapie teilzunehmen. Das hessische Justizministerium zeige „wenig Interesse, solche Angebote zu etablieren und zu unterstützen“, moniert die diplomierte Sozialarbeiterin.

## Täter mit Fehlverhalten konfrontieren

Das Justizministerium hält dem entgegen, die Förderung der Täterarbeit in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgebaut zu haben. So sei der Etat für entsprechende Projekte auf jährlich 250 000 Euro angehoben worden. Die Summe sei „ein Witz“, findet Steinmeir allerdings und verweist auf das deutlich kleinere

Rheinland-Pfalz, das 400 000 Euro jährlich für Täterarbeit zur Verfügung stelle.

Bereits seit 2008 gibt die LKS eine Broschüre heraus, die einen Überblick über die Beratungslandschaft in Hessen geben soll. Dort findet sich in der Tat eine stattliche Anzahl an Beratungsstellen und Einrichtungen. Das Justizministerium verweist auch darauf, dass eine Mittelzuweisung davon abhängt, ob sich die Projekte bei ihrer Täterarbeit an den aktuellen Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt (BAG) orientierten.

Doch wer genauer hinschaut, der entdeckt, dass die meisten der aufgelisteten Beratungsstellen gar keine spezifische Arbeit für Täter häuslicher Gewalt anbieten. Sei es, weil sie nur die Angebote anderer Einrichtungen vermitteln, sie nur ein Anti-Aggressions-Training anbieten oder aber ihre Angebote eben nicht den als so wichtig erachteten Richtlinien der BAG entsprechen.

In Frankfurt wird Täterarbeit bislang ausschließlich im Infocenter für Männerfragen im Sandweg angeboten. Die vier Therapeuten, zwei in Vollzeit, zwei in Teilzeit, können den Ansturm kaum bewältigen. Sie bieten pro Woche etwa 50 Therapie-sitzungen an. Die Warteliste ist lang. Etwa zwei bis drei Monate müsse man durchschnittlich auf einen Termin warten, sagt Therapeut Daniel Arncken. Präferiert werden im Sandweg Einzelsitzungen mit den Tätern. „Aber wenn die Warteliste am Überquellen ist, versuchen wir in die Gruppe abzuschleichen“, sagt Arncken. Die BAG-Richtlinien sehen allerdings eindeutig vor: „Täterarbeit soll grundsätzlich im Gruppensetting stattfinden.“ Es sei wichtig, dass sich die Männer gegenseitig mit ihrem Fehlverhalten konfrontieren. Nur in „begründeten Einzelfällen“ seien Einzelsitzungen zulässig.

Die Anforderungen der BAG sind hoch. Eine Gruppe soll von mindestens zwei Trainer:innen angeleitet werden, die das entsprechende Rüstzeug mitbringen: eine entsprechende Zusatzqualifikation für die Arbeit mit Tätern häuslicher Gewalt. Denn die häufiger angebotenen Anti-Aggressions-Sitzungen richten sich an die Täter öffentlicher Gewalt.

„Das sind zwei völlig unterschiedliche Tätergruppen und

Motivationen“, betont Steinmeir, die über beide- Qualifikationen verfügt. Der Täter häuslicher Gewalt habe mit Machterhaltung und Eifersucht zu kämpfen, dem Schläger auf der Straße gehe es um Ehre und Lust auf Gewalt. Beide Typen in eine Gruppe zu stecken, sei kontraproduktiv. „Der Straßenschläger verachtet den Mann, der sich an einer Frau vergeht, der wiederum wird sich in Gegenwart eines Straßenschlägers kaum öffnen“, so Steinmeir. Doch im Männerzentrum im Sandweg sitzen beide Typen in einer Gruppe. „Wir machen da keinen Unterschied, Gewalt ist Gewalt“, sagt Arncken. Dem hält Steinmeir entgegen: „Das wäre ungefähr so, als würde ich Fußballer und Handballer zusammenstecken, weil beide mit einem Ball spielen.“

## Motiv: Machterhalt oder Lust auf Gewalt?

Die Richtlinien der BAG, an denen sich die Förderung des Justizministeriums angeblich orientiert, empfehlen vom Umfang her eine Gruppentherapie von mindestens 25 Sitzungen und 50 Stunden. Im Sandweg sind zehn Stunden üblich. Arncken berichtet aber auch von Richter:innen, die eine Auflage von drei oder sogar nur einem Gespräch erteilen. „Das ist natürlich totaler Quatsch und wir versuchen in den Austausch mit den Richtern zu kommen, um bessere Zuweisungen zu erhalten“, so Arncken.

Der Austausch der einzelnen Institutionen und die Kommunikation insgesamt könnte auch noch besser werden. Der Frankfurter Arbeitskreis „Intervention bei Gewalt gegen Frauen“ (Inge) hat Anfang Oktober einen Täterfachtage ausgerichtet.

Die Landeskoordinierungsstelle hatte daran „aus terminlichen Gründen“ nicht teilgenommen und ihrerseits Ende Oktober in Frankfurt einen großen Fachtage zu häuslicher Gewalt anberaumt, an der Justiz, Polizei, Schulämter, Frauenberatungsstellen, Jugendhilfe und Opferhilfe teilnahmen.

Auf die Frage, warum über diesen Termin in der Öffentlichkeit nichts zu erfahren war, verweist das Justizministerium lediglich auf seinen Instagram-Account.

# 10 410

FÄLLE

häuslicher Gewalt wurden voriges Jahr in Hessen registriert. Binnen sieben Jahren ist die Zahl um fast ein Drittel gestiegen: 2014 waren es 7586 Fälle.



CHICHA / ANTHEMEDIA

## Demo gegen Übergriffe

Aktionen in Frankfurt zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

# 31

FRAUENHÄUSER

gibt es in Hessen. Eine gemeinsame Website zeigt Frauen in Not-situationen tagesaktuell alle freien Plätze an. Doch dies hilft nur begrenzt: So waren 30 der 31 Frauenhäuser am Dienstag voll belegt.

[frauenhaeuser-hessen.de](http://frauenhaeuser-hessen.de)

VON KATHRIN ROSENDORFF

**G**ewalt gegen Frauen und Mädchen ist immer noch sehr präsent. Allein in Deutschland ist jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben von körperlicher oder sexueller Gewalt betroffen. Jede vierte Frau erlebt Gewalt in ihrer Partnerschaft. Um das zu verdeutlichen, werden diese Zahlen an diesem Freitag, von 15 bis 21 Uhr, unter dem Motto „Stoppst Gewalt – schaut hin!“ auf Info-screens in der ganzen Stadt gezeigt.

Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen macht jedes Jahr am 25. November auf das weltweite Problem aufmerksam. Es gibt einige Aktionen in Frankfurt.

Am Freitagabend organisiert das Bündnis Frankfurt für Frauenrechte gemeinsam mit Politik, NGOs, Gewerkschaften, dem Frauendezernat und dem Frauenreferat eine Kundgebung und Demonstration gegen Gewalt an

Frauen und Mädchen und ruft zur Teilnahme auf. Die Kundgebung beginnt um 17 Uhr an der Konstablerwache und startet gegen 17.45 Uhr zu einer Demo, die gegen 18.15 Uhr wieder an der Konstablerwache mit einer Abschlusskundgebung endet.

Am selben Tag gibt es am Höchstler Bahnhof von 17 bis 19 Uhr eine Kunstinstallation mit dem Titel „Tatorte“, die vom Arbeitskreis gegen häusliche Gewalt Frankfurt West durchgeführt wird. Mit einem Blick über die Grenzen sagt Frauendezernentin Rosemarie Heilig (Grüne) anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen und Mädchen: „Die frauenfeindliche Staatswillkür in Iran und auch die immer weiter fortgesetzte Entrechtung von Frauen und Mädchen in Afghanistan macht wütend, ist erschütternd. Der beeindruckende Widerstand, die Kraft und der Mut der Frauen in Iran zeigt aber auch, wie stark gemeinsa-

mes und solidarisches Handeln wirken können.“ Ab dieser Woche bis zum 13. Januar 2023 hängen zudem am Eisernen Steg vier große pinkfarbene Banner mit der Aufschrift „Respekt. Stoppt Sexismus“ und „Mein Nein meint Nein“. Die Botschaft ist in elf Sprachen abgedruckt. Es werden zudem am Freitag Fahnen mit „NEIN zur Gewalt an Frauen“ auf dem Paulsplatz und vor dem Bolognapalast gehisst.

Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, können sich in Frankfurt an Beratungsstellen und Frauenhäuser wenden. Hier finden sie Unterstützung bei sexueller, häuslicher und auch digitaler Gewalt, ebenso wie bei Stalking und als Opfer von Menschenhandel.

Mehr Informationen und weitere Aktionen sind zu finden auf der Website des Frauenreferates. Adressen und Telefonnummern von Beratungsstellen finden sich auf der Website der Stadt Frankfurt unter Häusliche Gewalt.

# 1297

FÄLLE VON GEWALT

Laut Frankfurter Kriminalstatistik (2021) haben 1297 Frauen und Mädchen häusliche Gewalt zur Anzeige gebracht, 564 haben Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und fünf versuchte Femizide gemeldet.